

Antrag

der AfD-Fraktion

Wiederaufnahme des Betriebs der zuletzt abgeschalteten Kernkraftwerke prüfen

Der Landtag möge beschließen,

I. Der Landtag stellt fest:

Die Energiewirtschaft steht vor erheblichen Problemen: Der Strombedarf Deutschlands kann aus eigener Produktion nicht mehr gedeckt werden, die Strompreise sind nicht mehr wettbewerbsfähig und die Versorgungssicherheit ist zunehmend gefährdet.

II. Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene für die Prüfung der Wiederinbetriebnahme der zuletzt abgeschalteten Kernkraftwerke einzusetzen.

Begründung:

Zu I.:

Seit der politisch verordneten Abschaltung der letzten Kernkraftwerke Isar 2, Emsland und Neckarwestheim im Jahr 2023 ist Deutschland vom Stromexporteur zum Stromimporteur geworden. Trotz des historisch niedrigen Stromverbrauchs betrug der Nettobezug von Strom im Jahr 2023 7,3 Terrawattstunden (TWh) und im Jahr 2024 23,5 TWh.¹ Nicht nur die Privathaushalte werden durch die im weltweiten Vergleich sehr hohen Strompreise belastet, auch die exportorientierte deutsche Wirtschaft und Industrie verliert durch die ruinösen Stromkosten immer mehr Wettbewerbsfähigkeit. Gerade im Vergleich zu den Hauptkonkurrenten, den Vereinigten Staaten von Amerika (0,15 USD/kWh) oder der Volksrepublik China (0,09 USD/kWh), ist Deutschland mit seinen durchschnittlichen Strompreisen für Unternehmen (0,27 USD/kWh) weit abgeschlagen.²

Stromproduktion und -verbrauch müssen zu jedem Zeitpunkt ausgeglichen sein, sonst droht ein Netzzusammenbruch und unter Umständen ein großflächiger Blackout wie kürzlich auf der iberischen Halbinsel. Um das System stabil halten zu können, müssen die Netzbetreiber immer häufiger intervenieren.

¹ Siehe <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/153533/umfrage/stromimportsaldo-von-deutschland-seit-1990/>, zuletzt abgerufen am 30.04.2025.

² Siehe https://de.globalpetrolprices.com/electricity_prices/, zuletzt abgerufen am 30.04.2025.

Lag die Anzahl der Netzeingriffe Anfang der 2000er Jahre in Deutschland noch im niedrigen einstelligen Bereich in einem Jahr, so stiegen diese im Jahr 2023 auf 15.192 und im Jahr 2024 auf einen neuen Höchstwert von 17.470. Für das Jahr 2025 ist mit einem neuen Rekordwert zu rechnen (Stand März 2025: 4.894). Auch die Kosten für die Stabilisierung des Stromnetzes sind in den vergangenen Jahren erheblich gestiegen. Dieser besorgniserregende Trend wird sich mit der Abschaltung weiterer grundlastfähiger Kohlekapazitäten und dem Zubau schwankender Photovoltaik- und Windenergieanlagen weiter verstärken.

Zu II.:

Die Kernenergie ist kurz- und mittelfristig die einzig verfügbare Großtechnologie, die emissionsfrei, wirtschaftlich und grundlastfähig Strom in signifikanten Mengen bereitstellen kann. Die Wiederinbetriebnahme der Kernkraftwerke stellt außerdem eine Verminderung der Abhängigkeit von ausländischen Energierohstoffen und Stromexporten dar. Die Kernkraftwerksblöcke Isar 2, Emsland, Neckarwestheim 2, Grohnde, Gundremmingen C und Brokdorf haben ihre ursprünglich geplante Laufzeit noch längst nicht erreicht, die technische Lebensdauer bei Weitem nicht. Der Neustart ist laut Experten ohne Abstriche bei der atomaren Sicherheit noch vor dem Jahr 2030 möglich.³ Zu prüfen ist, unter welchem technischen und finanziellen Aufwand die Wiederaufnahme des Betriebs möglich ist.

Diese Bundesratsinitiative soll die CDU-geführte Bundesregierung motivieren, ihr Wahlversprechen – die Überprüfung der Wiederinbetriebnahme der zuletzt abgeschalteten Kernkraftwerke⁴ – in politisches Handeln umzusetzen. Sowohl auf Bundesebene als auch in Sachsen spricht sich eine Mehrheit für die Nutzung der Kernenergie aus. Laut der jüngsten Umfrage halten 55 Prozent der Befragten die Rückkehr zur Kernenergienutzung in Deutschland für sinnvoll. Die positive Einstellung der Deutschen zur Kernenergie hat sich seit dem Abschalten der letzten Reaktoren verstetigt und verstärkt. Aus älteren Umfragen geht hervor, dass das Abschalten der letzten Kernkraftwerke mit absoluter Mehrheit und mit Ausnahme der Unterstützer der Grünen (30,9 Prozent) durch die Wähler aller anderen im letzten Bundestag vertretenen politischen Parteien (AfD: 94,5 Prozent; CDU/CSU: 93,5 Prozent; FDP: 89,1 Prozent; DIE LINKE: 54,9 Prozent; SPD: 50,8 Prozent) mehrheitlich abgelehnt wurde.⁵

Die AfD-Fraktion verzichtet in diesem Antrag auf weitergehende Forderungen wie den Bau neuer Kernkraftwerke, um maximale Anschlussfähigkeit herzustellen. Die Fraktionen von AfD und CDU/CSU, welche die Wiederinbetriebnahme der zuletzt abgeschalteten Kernkraftwerke zumindest prüfen wollen, haben im Bundestag eine Mehrheit. Somit besteht eine realistische Chance für eine Wiederinbetriebnahme der Kernkraftwerke.

Dresden, 05.06.2025

Jörg Urban, MdL und AfD-Fraktion
i.V. Jan-Oliver Zwerg,
MdL und AfD-Fraktion



Unterschieden von
JAN-OLIVER ALDO ZWERG
am 05.06.2025

³ Siehe <https://www.welt.de/wirtschaft/plus255793248/Atomkraftwerke-Deutscher-Neustart-Bereits-vor-2030-moeglich.html#Comments?cachebuster=true>, zuletzt abgerufen am 30.04.2025.

⁴ Wahlprogramm von CDU und CSU, Politikwechsel für Deutschland, Seite 20.

⁵ Siehe <https://civey.com/umfragen/14966/sollte-weiterhin-atomkraft-zur-stromerzeugung-eingesetzt-werden-um-die-klimaschutzziele-der-eu-zu-erreichen>; <https://web.de/magazine/politik/deutliche-mehrheit-weiterbetrieb-atomkraftwerke-37276724>, beide zuletzt abgerufen am 30.04.2025.